



FOTO: COLLE. MENSCHENRECHTE BRASILIEN

Spekulationsobjekt Land

Das Finanzkapital und die Bodenspekulation in Brasilien

Die Weltwirtschaftskrise, die sich 2008 in vielen Teilen der Welt manifestierte, hat auch die Rolle des Finanzkapitals auf dem Agrarmarkt in Brasilien gestärkt. Die Spekulation auf dem Bodenmarkt hat im Kontext der weltweiten wirtschaftlichen Instabilität dabei vor allem die Funktion, dem Finanzkapital Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Dieser Trend wird von internationalen Investmentfonds verstärkt, die auf der Suche nach Renditen für ihre Gläubiger und Creditsysteme sind.

VON FÁBIO TEIXEIRA PITTA UND
MARIA LUISA ROCHA FERREIRA DE MENDONÇA

Im Rahmen der weltweiten Finanzkrise verschuldete sich der brasilianische Staat zugunsten des Agrobusiness und der auf Expansion ausgerichteten landwirtschaftlichen Produktion. Mittels der Ausgabe von Wertpapieren des Finanzministeriums erhielten die Unternehmen staatlich subventionierte Kredite. Im Rahmen des *Plano Agrícola e Pecuário*¹ von 2013/2014 haben sich dabei die öffentlichen Ausgaben für Kredite an das Agrobusiness in den vergangenen zehn Jahren verfünffacht. Dabei nutzen die Firmen die Kredite, um auf dem Finanz-

markt zu spekulieren. So investierte beispielsweise die brasilianische Zuckerindustrie die Kredite in die Spekulation mit Wechselkursderivaten. Mehrere Zucker- und Ethanolverarbeitungsanlagen nahmen günstige Anleihen in US-Dollar auf und profitierten in den Jahren vor der Krise von der Erhöhung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und der Aufwertung des brasilianischen Reals. Mit der Umkehrung dieses Trends gingen viele Fabriken insolvent. In der Branche kam es aufgrund dieser Wechselgeschäfte allein im Jahr 2011 insgesamt zu einem Schaden von mehr als vier Milliarden Real, rund 1,3 Millionen Euro. Just diese Summe stellte die brasilianische Regierung im Folgejahr diesem Industriesektor aus staatlichen Mitteln zur Verfügung.

Die Weltwirtschaftskrise von 2008 gab dem Agrobusiness in Brasilien ein neues Gesicht und zog ausländische Firmen aus verschiedenen Branchen ins Land, neben der Agrarwirtschaft auch aus dem Finanzwesen, der Automobil- und Erdölindustrie. Dieser Prozess verlief vor allem über Fusionen inländischer und ausländischer Firmen und deren Tochterunternehmen, was zu einer weiteren Erhöhung der Kapitalkonzentration führte. Ziel war es, Vermögen zu akkumulieren, unter anderem durch den Kauf und Verkauf von Maschinen und Böden.

1) Der „Plano Agrícola e Pecuário“ wird jährlich vom Sekretariat der Landwirtschaftspolitik des Ministeriums für Landwirtschaft, Vieh und Versorgung herausgegeben. In ihm sind die Ausgaben öffentlicher Gelder festgehalten.

Im aktuellen Zustand des Kapitalismus spiegeln sich die Widersprüche zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Kapital beziehungsweise zwischen dem ländlichen und dem urbanen Sektor. Aber gerade in Brasilien zeigt sich auch, wie sie sich ergänzen. Die sogenannte Agrarindustrialisierung liegt dabei im Spannungsfeld dieser paradoxen Beziehung zwischen Krise und Kapitalakkumulation. Der Staat seinerseits übernimmt die Rolle des Mediators, der Bankkredite an das Agrobusiness vermittelt, um die industriellen Investitionen in der Landwirtschaft finanzieren zu können.

Die Konzentration transnationaler Firmen aus der Investitions- und Agrarhandelsbranche entwickelte sich analog zur Etablierung des US-Dollars als internationaler Leitwährung nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Zeit war in Brasilien vom sogenannten Wirtschaftswunder geprägt (1969 bis 1973). Anfang der 70er-Jahre endete dieser Prozess der Expansion in einer weltweiten Wirtschaftskrise. Die Hauptauswirkungen in den Ländern der Peripherie waren Schwankungen im Wechselkurs und eine Erhöhung der Zinsrate, welche zur Schuldenkrise beziehungsweise zur sogenannten „verlorenen Dekade“ in den 80er-Jahren führte.

Gleichzeitig forderten VertreterInnen der Agrarindustrie in Brasilien, dass die technische Ausrüstung in der Landwirtschaft durch industrielle Investitionen modernisiert werden sollte. Ausgangspunkt waren spezielle Programme für staatliche Kredite bzw. hinsichtlich des Außenhandels, die Steueranreize und neue Finanzierungsmöglichkeiten vorsahen. Die Schaffung des *Sistema Nacional de Crédito Rural*, des Nationalen Systems für Agrarkredite, war dabei von essenzieller Bedeutung. Es bot eine subventionierte Finanzierung über die staatlichen Banken an, um die Industrialisierung des Sektors voranzubringen. Zwischen 1969 und 1976 erhöhten sich die staatlichen Agrarkredite um durchschnittlich knapp 24 Prozent im Jahr.

Die 80er- und 90er-Jahre waren in Brasilien und den anderen lateinamerikanischen Ländern davon geprägt, die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds zur „Strukturanpassung“ politisch umzusetzen. Diese hatten zuallererst die Erwirtschaftung monetärer Gewinne in Devisen zum Ziel. Produktionsbereiche, die großtechnisch-industriell betrieben werden konnten wie Soja, Vieh, Zuckerrohr, Orangen oder Eukalyptus entwickelten sich zum Hauptziel landwirtschaftlicher Investitionen. Aber auch natürliche Produktionskräfte wie Erde, Wasser oder die Biodiversität waren bei den KapitalbesitzerInnen begehrt, weil sie Kapitalgewinne (in Form von Renten) abwerfen.

Investitionen zum Erwerb von Eigentumstiteln auf Grund und Boden übernehmen also die Funktion des Finanzierens von Kapitalanlagen. Dabei treffen sich die AkteurInnen aus Banken, Versicherungs- und Immobilienfirmen sowie aus der Industrie in gemeinsamen Handlungssträngen. Der Staat nimmt in diesem Prozess eine zentrale Rolle als Financier ein, indem er staatlichen Bodenbesitz dem Privatsektor überschreibt. Die großen Unternehmen verfügen über ausreichend Marktmacht, um den Zugang zu Krediten und Subventionen notfalls auch gegen einen zögerlichen Staat durchsetzen zu können. Die Industrialisierung der Landwirtschaft im Zuge der Schuldenkrise der peripheren Länder in den 80er-

Jahren steht im engen Zusammenhang mit der Rolle des Außenhandels. Kredite an den Agrarsektor dienten den Regierungen dazu, Weltmarktproduktionen zum Zwecke neuer Finanzierungsspielräume anzubieten, die ihnen bei der Neuverhandlung der Schulden nützlich waren.

Der massive Fall der Profitraten, der die frühen 70er-Jahre prägte, begünstigte neue Mechanismen der Deregulierung des internationalen Finanzsystems. Da Gewinne in der Produktion nur noch spärlich zu realisieren waren, boten die KapitalbesitzerInnen ihre Gelder weltweit als günstige Kredite, allerdings mit variablem Zinssatz, an. Diese Erhöhung der Kapitalflüsse in Länder der Peripherie führte zur sogenannten Schuldenkrise der 80er-Jahre. In dieser Zeit begannen Regierungen durch großangelegte Privatisierungen Türen für transnationale Unternehmen und Kommerzialisierung zu öffnen. Vor allem in den Sektoren von Basiskonsumgütern wie Energie, Landwirtschaft, Bergbau, Telekommunikation, Wasser, Abwasserbeseitigung, Gesundheit und Bildung sollte Rentabilität geschaffen werden. Nach und nach kamen weitere Mechanismen zur Beschleunigung der Finanzakkumulation hinzu. Eine neue internationale Arbeitsteilung ermöglichte die Ausbeutung billigster Arbeitskraft im Rahmen weltweiter Produktionsketten, der Transfer von Finanzkapital von Land zu Land wurde von Auflagen befreit, öffentliche Güter und Infrastruktur, nicht zuletzt Vorsorge- und Rentenfonds, wurden privatisiert.

Zur Verschuldung der brasilianischen Zuckerindustrie kam es im Kontext der Agrarindustrialisierung bereits während der Militärdiktatur (1964-1985). Die oben erwähnten umfassenden Kreditangebote seitens anlagesuchenden Kapitals hatten die brasilianischen Außenschulden in die Höhe getrieben. Aber die Hauptquelle der Kredite für die Zuckerindustrie wurde mittels des 1975 von der Regierung verabschiedeten Programms *Pró-alcool* geschaffen. Dies sah die Umrüstung von Fahrzeugen vor, damit diese statt mit Benzin mit Ethanol aus Zuckerrohr betrieben werden konnten. Für die Herstellung von Ethanol erhielten die großen Zuckerproduzenten Kredite mit negativem Realzins (das heißt, der Zins lag unter der Inflationsrate – die Red.).

Mit der Schuldenkrise in Lateinamerika seit 1982 erschöpfte sich die Verschuldungskapazität des brasilianischen Staates. Die Verringerung des Kreditangebotes führte zur Insolvenz verschiedener Zuckerverarbeitungsanlagen und einer Abnahme der Ethanolproduktion. Neue Möglichkeiten des Transfers von Finanzkapital im Zuge der Krise, aber auch die umfassende Verschuldungspolitik der US-Regierung zur Finanzierung ihres Rüstungsprogramms führten zur Ausweitung der Geldzirkulation. Das Finanzministerium reagierte mit der Preisfestsetzung für seine Wertpapiere. Dies wiederum ermöglichte eine neue Runde des Zugangs zu Krediten Anfang der 90er-Jahre. In den fast gleichzeitigen Neuverhandlungen (nicht nur) der brasilianischen Außenschulden entstanden sekundäre Märkte für Schuldentitel und Absicherungsmechanismen, die das Geldangebot auf den Finanzmärkten erhöhten. (Die Banken konnten fortan unsichere Schuldentitel, teilweise mit Abschlägen, weiterverkaufen – die Red.) Parallel dazu begann die erneute Expansion der bisher stagnierenden Zuckerindustrie.

Nach der Finanzkrise 2008 wurde der Sektor erneut getroffen, als zahlreiche Fabriken aufgrund der Reduzierung von Krediten Insolvenz anmeldeten. Das Agrobusiness muss seine

Schulden sicherheitshalber schon seit dem *Pró-alcool*-Programm von 1975 bis hin zur jüngsten Expansion des Sektors im Umlauf lassen. Dieses Umwälzen geschieht zwischen den Wirtschaftssektoren, die als „produktiv“ gelten. Seit den 90er-Jahren wurden mit dem Börsengang und dem Investment von Pensionsfonds in das Agrobusiness neue Mechanismen geschaffen, welche das Zirkulieren von Schulden als Form der Erwirtschaftung von Renditen erlaubten.

Dabei handelt es sich nicht um reale Gewinne, sondern um Finanzansprüche, da die Gelder keinen Produktionskreislauf durchlaufen und damit keinen neuen Wert geschaffen haben. Diese vorrangig fiktive Form des Kapitals hat die Bewegung des Kapitalismus nicht immer bestimmt. Dieser Prozess entwickelte sich ab den 90er-Jahren mit der Deregulierung des Finanzsystems auf nationaler und internationaler Ebene. Im von einer neoliberalen Politik gekennzeichneten Zeitraum von 1990 bis 2002 konnten ausländische Investoren in Brasilien ihr Kapital frei ins Land zurückbringen. Das erlaubte es ihnen, interne Schuldentitel in die Verhandlungen um Renditen und Umschuldungen einzubringen. Unter diesen Vermögen befinden sich derzeit Schulden und Aktien von Zucker- und Ethanolfabriken ebenso wie brasilianische Staatsschuldentitel. Die Notwendigkeit der Umwälzung der internen Schulden (sie übertrafen ab den 2000ern die Außenschulden) führte zu subventionierten Kreditlinien von der *Banco Nacional de Desenvolvimento Economico e Social* (BNDES) – der Brasilianischen Bundesbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung – für das Agrobusiness.

Die weltweite drastische Erhöhung der Agrarpreise 2008 ermöglichte eine weitere Verschuldung der zuckerverarbeitenden Industrie in Brasilien. In Erwartung zukünftig gesteigerten Zuckerexports (Zucker wird an der New Yorker Börse gehandelt) verschuldete sie sich fortan in US-Dollar. Gleichzeitig stiegen die Bodenpreise und sowohl der gesamte Sektor wie die Überausbeutung der Arbeitskräfte wuchs (gerade in diesem Bereich ist Sklavenarbeit und Arbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen extrem weit verbreitet – die Red.).

Nach der Weltwirtschaftskrise 2008 nahmen diese Möglichkeiten des Agrobusiness, sich auf Basis von Versprechungen hinsichtlich einer zukünftigen Produktion zu verschulden, rapide ab. Verschiedene bereits verschuldete Zuckererarbeitungsanlagen gingen insolvent und die Rohstoffpreise fielen stark. Es kam zu Fusionen zwischen Unternehmen wie zum Beispiel der Firma Radar Propriedades Agrícolas mit dem brasilianischen Unternehmen Cosan und Masilla 2008. 2012 kontrollierte Radar bereits 151 468 Hektar Land, dessen Wert auf 2,35 Mrd. Reals geschätzt wurde – bei einem durchschnittlichen Anstieg des Bodenpreises um 56 Prozent. 2008 schloss sich Cosan Shell an, um das Unternehmen Raízen zu gründen. Dies führte zur Konzentration und Monopolisierung der Ethanolproduktion im Ölsektor.

Und auch in anderen Sektoren tauchten Unternehmen auf, die einem ähnlichen Muster wie Radar folgen. So verwaltet zum Beispiel die SLC, die größte Getreideproduktion in Brasilien, mit internationalen Fonds den Kauf, Verkauf und die Verpachtung von Land. Internationale Fonds entziehen sich somit der Verantwortung für wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen, da sie nicht mehr die direkten EigentümerInnen des Landes sind. ■



Foto: MST

Als die Arbeiterpartei PT mit Luiz Inácio Lula da Silva ab 2003 erstmals den Präsidenten Brasiliens stellte, waren die Hoffnungen im ländlichen Brasilien groß. Endlich sollte die große Agrarreform kommen. Doch sie kam nicht. Die PT entschied sich für die in Spanien erprobte sozialdemokratische Variante zur Entschärfung der Agrarkonflikte: keine Umverteilung des Bodens, dafür aber eine bescheidene Alimentierung der Landlosen und Kleinbauern durch das Programm „Null Hunger“. Damit wurde die Situation der Ärmsten zwar grundlegend verbessert, aber mit Agrarreform und sozialer Gerechtigkeit hat das nichts zu tun. Ob es in Brasilien noch eine Perspektive für eine echte Agrarreform gibt, fragte die universitäre Internetzeitschrift *IHU Online* Gerson Teixeira. Er ist Agronom und Experte für ländliche Entwicklung bei der brasilianischen Stiftung Getúlio Vargas (FGV/RJ) und war Präsident der *Associação Brasileira de Reforma Agrária*, dem brasilianischen Verband für Agrarreform.

Herr Teixeira, welche Herausforderungen stellen sich im Jahr 2015 für die Agrarreform in Brasilien?

Die Herausforderungen sind im Prinzip die gleichen wie eh und je, die Lage hat sich jedoch durch den Vormarsch des Agrobusiness weiter verschlimmert. Allein Dank der Kämpfe der Landarbeiter und der Widerstände von Teilen der Regierung ist die Agrarreform nicht vollständig von der Agenda verschwunden. Die Verschärfungen in Bezug auf die Agrarfrage bleiben nicht begrenzt auf die extrem ungleiche Landverteilung, sondern kommen zusammen mit immer gewaltigeren Staudamm- und sogenannten „Umwelt“projekten, und die fortschreitende Erderwärmung bedroht zusätzlich die Ernährungssicherheit.

Wie bewerten Sie das Verhalten der Arbeiterpartei (PT) gegenüber der Agrarreform?